



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2019/00109**
Datum: 06.08.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Scholtyssek,
Andreas

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.08.2019	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	17.10.2019	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	23.10.2019	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	30.10.2019	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) koordiniert eine Bürgerversammlung, insbesondere für Anwohner des Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof (Schlosserstraße – Roßbachstraße- Schmiedstraße - Breitenfelder Straße-Merseburger Straße). Wünschenswert die Beteiligung weiterer relevanter Akteure (Vertreter von Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, Eltern/Schülern der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Schulsozialarbeitern der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Mitarbeitern des Roma-Projektes der AWO SPI, Verwaltungsmitarbeitern und Polizei). Die Stadtverwaltung lädt die Bewohner der Schlosserstraße und anliegender Straßen kurzfristig, aber spätestens bis zum 30. September 2019, zu einer Bürgerversammlung ein. Diese Versammlung soll sich mit den in der Einwohnerfragestunde zur Stadtratssitzung am 29. Mai 2019 benannten Themen zur aktuellen Situation in der Schlosserstraße befassen. Der Stadtrat ist zeitnah über den Termin in Kenntnis zu setzen.

2. Die Verwaltung prüft, inwieweit im Viertel um Loests Hof (Schlosserstraße – Roßbachstraße- Schmiedstraße - Breitenfelder Straße-Merseburger Straße) gemeinsam mit Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, die Einrichtung eines temporären Bürgerbüros sinnvoll ist, in dem sich Vertreter von Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, Anwohner, Eltern/Schüler der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Schulsozialarbeiter der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Mitarbeiter des Roma-Projektes der AWO SPI, Verwaltungsmitarbeiter und Polizei zeitnah und vor Ort zu Problemen austauschen können mit dem Ziel, diese Probleme einer zügigen und insbesondere für die betroffenen Anwohner zufriedenstellenden Lösung zuzuführen.

gez. Andreas Scholtyssek
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Presseberichte und Beschwerden von Bürgern schildern seit Jahren problematische Zustände im genannten Wohngebiet. Nach Angaben des Innenministeriums wurden von Beginn des Jahres 2014 bis zum Ende des Jahres 2018 mehr als 1000 Straftaten im Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof (Artikel Mitteldeutsche Zeitung v. 10.07.2019) erfasst. Das Viertel ist damit ein Hotspot der Kriminalität in Sachsen-Anhalt. Mitarbeiter des Roma-Projektes der AWO SPI haben ihr Büro in Halle-Neustadt und nicht vor Ort.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

22. August 2019

Sitzung des Stadtrates am 28.08.2019

Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße/Loest Hof

Vorlagen-Nummer: VII/2019/00109

TOP: 9.1

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Hauptausschuss.

Begründung:

Die Stadt hat in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit der Polizei zahlreiche Maßnahmen eingeleitet. Über das Ergebnis sowie aktuelle Entwicklungen informiert die Stadt im Hauptausschuss.

Der vorliegende Antrag beinhaltet einen rechtswidrigen Eingriff in die Rechte des Oberbürgermeisters und ist somit unzulässig. Die Einberufung einer Einwohnerversammlung sowie die Prüfung zur Einrichtung eines temporären Bürgerbüros obliegt allein dem Oberbürgermeister. Der Oberbürgermeister ist gemäß § 66 Abs. 1 S. 2 KVG LSA für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt ihre innere Organisation.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister